

Analyse

Politische Strategien wohltätiger Nichtregierungsorganisationen bei der Institutionalisierung neuer Strukturen zur Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung in der Ukraine

Von Nadja Lobner, Maxim Zubarev, Vyacheslav Zyryanov, Salzburg/Melitopol/Charkiw

Zusammenfassung

In der Ukraine gibt es einige wohltätige Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die dank der transnationalen Zusammenarbeit mit westlichen NGOs nicht-staatliche Betreuungseinheiten zur Resozialisierung verwahrloster Kinder und Jugendliche aufbauen konnten und erfolgreich betreiben. Mit welchen politischen Strategien es diesen NGOs gelingt, trotz ungünstiger politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Bedingungen der defekten ukrainischen Demokratie erfolgreich neue Strukturen zu institutionalisieren und sich als wohltätige zivilgesellschaftliche Organisationen zu konsolidieren, wurde im Rahmen eines von der Österreichischen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts an der Soziologischen Fakultät der Karazin-Universität in Charkiw untersucht. MOEL-Plus-Stipendiatin und Projektleiterin war Dr. Nadja Lobner, die Doktoranden Vyacheslav Zyryanov und Maxim Zubarev waren Projektmitarbeiter.

Einleitung

Der nichtstaatliche Sektor entwickelt sich in den postsowjetischen Gesellschaften nur langsam. In der Ukraine liegt die Hauptursache dafür in einer unzureichenden Zusammenarbeit von politisch-administrativen Institutionen und nichtstaatlichen Organisationen. Abgeordnete (auf allen Ebenen) sind nicht bereit dazu, NGOs in den Gesetzgebungsprozess einzubeziehen. Damit sind zivilgesellschaftliche Institutionen von den persönlichen Kontakten zu den sich in verantwortlichen Positionen befindlichen Personen abhängig. Die Partizipation der StaatsbürgerInnen ist nur auf einem sehr niedrigen Niveau organisiert, soziales Vertrauen und zivilgesellschaftliche Kooperation sind nicht entwickelt. Der Großteil der Bevölkerung orientiert sich an individuellen Formen der Artikulation eigener Interessen, begibt sich lieber in staatliche und korporatistische Patronagebeziehungen, anstatt nach staatsbürgerlicher Selbstorganisation zu streben. Die Vorstellung, dass StaatsbürgerInnen ihre Lebensbedingungen selbst gestalten können, verbreitet sich nur sehr langsam.

Auf Seiten der NGOs erschwert die interne Organisationsstruktur die erfolgreiche Tätigkeit. Viele bestehende NGOs sind von der Tätigkeit einer Person abhängig, deshalb meist nur sehr kurzfristig tätig und brechen zusammen, sobald diese Person die Leitungstätigkeit zurücklegt. Dieses Phänomen kann als »Organisationsphantom« bezeichnet werden, denn die Organisation umfasst nur ihren Leiter und dessen nächste Umgebung. Doch selbst in NGOs, die komplexer organisiert sind, entsprechen die internen Entscheidungsprozesse

nicht immer demokratischen Prinzipien. Ein spezielles Problem bei der Entwicklung wohltätiger Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine ist, dass Wohltätigkeit in den post-sowjetischen Transformationsgesellschaften aus historisch-kulturellen Gründen mit Almosengeben, Barmherzigkeit und Freiwilligkeit assoziiert wird. Der europäisch/westliche Ansatz, soziale Hilfe in Form von nichtstaatlichen Strukturen professionell zu institutionalisieren, ist der ukrainischen Gesellschaft noch relativ fremd. Es ist daher nicht möglich, die westlichen Modelle zu übertragen, sondern es ist eine Adaptierung der Idee von Sozialarbeit und Wohltätigkeit notwendig.

Statistische Daten darüber, wie viele wohltätige NGOs in der Ukraine existieren, sind nicht verlässlich. Es zeigt sich aber, dass Jugendarbeit und Sozialarbeit einen sehr großen Tätigkeitsbereich von NGOs in der Ukraine ausmachen und Jugendliche zur wichtigsten Zielgruppe von NGOs geworden sind. Es lassen sich religiöse und säkulare Nichtregierungsorganisationen ausmachen, die Sozialarbeit für Jugendliche anbieten. Grundsätzlich erhalten die in diesem Feld tätigen NGOs finanzielle Mittel von Sponsoren und Geberorganisationen, zu einem großen Teil aus dem westlichen Ausland und von internationalen Organisationen.

Ergebnisse der empirischen Untersuchung

Für die empirische Untersuchung wurden drei in der Ukraine tätige NGOs ausgewählt, die Einrichtungen zur Resozialisierung verwahrloster Kinder und Jugendlicher betreiben. Zwei der ausgewählten NGOs hat-

ten ihre Hilfsprojekte bereits vor 10 Jahren gegründet, die Projekte waren zum Zeitpunkt der Untersuchung bereits konsolidiert, also zu ständigen Einrichtungen geworden. In ihrer Arbeitsweise und ihren Strategien unterschieden sich NGO1 und NGO2 jedoch wesentlich voneinander. Die dritte NGO (NGO3) befand sich zum Zeitpunkt der Untersuchung im Anfangsstadium der Institutionalisierung eines Tageszentrums für Jugendliche. Es wurden drei weitere Interviews geführt, die der Vertiefung des Verständnisses der Problematik dienten. Zwei Interviews wurden mit MitarbeiterInnen von Geberorganisationen aus dem EU-Raum geführt. Auch hier waren große Unterschiede in der Herangehensweise und in ihren politischen Strategien den ukrainischen Partnerorganisationen sowie den ukrainischen Behörden und politischen Akteuren gegenüber zu erkennen. Ein weiteres Interview wurde mit einer kompetenten Person aus der für NGOs zuständigen Abteilung der Stadtadministration geführt.

Vom Engagement als Freiwilliger zum Projektkonzept

Vergleicht man alle drei untersuchten NGOs, so zeigt sich, dass deren Gründer bzw. deren aktuelle Leiter vor der Gründungsphase als Freiwillige in der Sozialarbeit mit verwaarlosten Jugendlichen gearbeitet hatten und die Betroffenheit über die transformationsbedingten ökonomischen und sozialen Probleme der ukrainischen Bevölkerung sie zu dieser freiwilligen Tätigkeit als Helfer bewegt hatte. Während der Tätigkeit als Freiwillige begann man gemeinsam mit anderen Freiwilligen Konzepte für neue Hilfsprojekte im Sozialbereich vorzubereiten. Sowohl NGO1 als auch NGO2 arbeiteten rund zwei Jahre lang an Konzepten und Projektanträgen, bis dann in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre einer der Anträge erfolgreich war und das erste langfristig angelegte Hilfsprojekt für Jugendliche von »westlichen« (d. h. europäischen oder amerikanischen) Geberorganisationen mit finanziellen Mitteln ausgestattet wurde. Auch der Leiter von NGO3 berichtete von einer bereits zwei Jahre dauernden Projektvorbereitung und Vernetzungsarbeit.

Bürokratische Hürden

Die Behördengänge, um die Genehmigungen zur Gründung von Sozialprojekten für verwaarloste Jugendliche einzuholen, werden von den InterviewpartnerInnen als sehr zeitaufwendig beschrieben. Um letztendlich die notwendigen behördlichen Genehmigungen zu bekommen, war die Unterstützung aus dem westlichen Ausland unabdingbar. Diese Unterstützung zeigte sich

in zweierlei Art und Weise: Zum einen sicherte die ausländische Geberorganisation mittelfristig die Finanzierung von Hilfsprojekten, zum anderen trat die ausländische Geberorganisation gemeinsam mit der ukrainischen NGO gegenüber den ukrainischen PolitikerInnen und BeamtenInnen auf und leistete Überzeugungsarbeit, um neue Strukturen zur Betreuung von Jugendlichen und Kindern aufbauen zu können. Die transnationale Kooperation mit westlichen Geberorganisationen kann also für die Gründungsphase als erfolgreiche politische Strategie gegenüber den ukrainischen Behörden bezeichnet werden.

Es musste ein Projektkonzept vorbereitet werden, das den Behörden vorgelegt werden kann. Konzeptarbeit war in der Ukraine bis Mitte der 1990er Jahre unüblich, den engagierten Personen im zivilgesellschaftlichen Bereich fehlte es meist an der notwendigen Zusatzausbildung, um derartige Konzepte systematisch entwickeln zu können. Hier bekam zum Beispiel NGO1 Unterstützung von der westlichen Partnerorganisation: NGO1, NGO2 als auch NGO3 waren in dieser Phase aus ihrer Sicht mit sehr viel Misstrauen von Seiten der Administration auf kommunaler Ebene und Gebiets Ebene konfrontiert. Auch heute noch erhalten einige ukrainische NGOs Unterstützung von Seiten der westlichen Partner-NGO, um bei Verhandlungen erfolgreicher überzeugen zu können, allerdings nur mehr, wenn das von einer ukrainischen NGO gewünscht wird. Um BeamtenInnen zu überzeugen, werden diese manchmal von den westlichen Partnerorganisationen eingeladen, um ihnen anhand konkreter, bereits wirkender Hilfsprojekte für Jugendliche den sozialen Nutzen dieser Hilfsprojekte für die eigene Stadt, die eigene Region vorführen zu können. In diesem Fall wird Wohltätigkeit als Modell und die damit verbundenen Werte an die Organe der ukrainischen Staatsmacht vermittelt.

Es geht aber auch darum, sich als NGO durch Überzeugungsarbeit in den Verhandlungen gegen die budgetären Engpässe und die institutionalisierte Korruption in den Behörden durchzusetzen. Die Problematik der Korruption sowie der Geldwäsche durch wohltätige Fonds wurde in den Interviews mit NGO1, NGO2 und NGO3 angesprochen. Den InterviewpartnerInnen ist bewusst, dass sie sehr leicht in Verdacht geraten können, Spendengelder zu veruntreuen, sie betonen gleichzeitig aber die genaue Kontrolle ihrer Buchhaltung durch Steuerbehörden und westliche Partnerorganisationen. Grundsätzlich kann aber gesagt werden, dass die in der Ukraine in allen Sphären verbreitete Korruption die Entwicklung des Vertrauens in Nichtregierungsorganisationen behindert.

Staatliche Förderung

Die Finanzierung der sozialen Hilfsprojekte für Jugendliche wurde bereits in der Gründungsphase von Geberorganisationen aus dem westlichen Ausland gesichert. Die Stadt oder Region stellte keine Budgetmittel zur Verfügung, sondern unterstützte die NGOs durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten, in denen die verwahrlosten Kinder und Jugendlichen untergebracht werden konnten, und durch Vergünstigungen bei den Kommunalabgaben. NGO1 und NGO2 erhielten diese Art von Unterstützung, der Leiter von NGO2 bezeichnet sie sogar als die wichtigste Unterstützung in der Anfangsphase, die die Gründung der Hilfseinrichtung wesentlich erleichtert hat. Heute sei es aufgrund der schnell steigenden Mietpreise kaum mehr möglich, als NGO in Städten Räumlichkeiten anzumieten, und es gebe mittlerweile kaum noch geeignete Räumlichkeiten, die die Stadtverwaltung gratis zur Verfügung stellen könne. Die Problematik des Mangels an verfügbaren Gebäuden für Hilfsprojekte für Jugendliche ist auf einen Ausverkauf ehemals kommunaler Infrastruktur zurückzuführen. Es ergeben sich daraus langfristig Probleme für den Sozialbereich. NGO3 arbeitet eng mit der katholischen Kirche zusammen, welche auch die Räumlichkeiten für das geplante Tageszentrum für Straßenkinder zur Verfügung stellen wird, aus diesem Grund ist man in diesem Fall nicht auf das Entgegenkommen der Stadtverwaltung angewiesen.

Verstetigung

NGO2 stellte nach der ersten Förderung durch eine ausländische Geberorganisation noch weitere Projektanträge an ausländische oder internationale Geberorganisationen und war erfolgreich. NGO1 wurde von der ausländischen Organisation, mit der man auch in der Gründungsphase kooperiert hatte, weitere finanzielle Ressourcen mittelfristig zur Verfügung gestellt. Dies gelang auch durch die Bereitschaft von Privatpersonen im westlichen Ausland, regelmäßig größere Summen mit Zweckbindung an ein bestimmtes Hilfsprojekt zu spenden. Die Voraussetzungen für den Erfolg waren qualitativ hochwertige Arbeit und genaue Berichterlegung.

In dieser Phase der Institutionalisierung versuchten die NGOs, die bereits bestehenden Hilfsprojekte zu vertiefen und leicht zu verändern, waren dabei aber von ihren Sponsoren abhängig und werden durch ihre Rechenschaftspflicht den Geldgebern gegenüber in ihrer Handlungsfreiheit bei der Ausgestaltung der bestehenden Projekte eingeschränkt. In dieser Phase investierten die Leiter der NGOs selbst viel Zeit in die eigentliche Sozialarbeit mit den Jugendlichen, entwi-

ckelten sich also von Freiwilligen zu professionellen Sozialarbeitern.

Während der Phase der Institutionalisierung investierte NGO1 viel Energie in ihre Repräsentation im Sinne von Öffentlichkeitsarbeit gegenüber Akteuren, von denen sie direkt abhängig war. Im Falle von NGO1 ist das die Stadtverwaltung. Die erfolgreiche Teilnahme an einem Wettbewerb für Sozialprojekte spielt dabei eine wesentliche Rolle. Die gelungene Repräsentation in der Öffentlichkeit ist ein wesentlicher Schritt, um sich als seriöse NGO von Phantomorganisationen abzugrenzen. Wenn auch die Finanzierung aus dem Stadtbudget nicht hoch ist, so kann sie symbolisch als Zeichen des Vertrauens von Seiten der Behörden verstanden werden.

Zur Repräsentation gehört auch die Vernetzung der NGOs. NGO2, die bereits seit 10 Jahren besteht, arbeitet mit vielen anderen NGOs auf nationaler und transnationaler Ebene zusammen und ist selbst Mitgründerin eines Netzwerks. Bezüglich Vernetzung sind in einigen geführten Interviews widersprüchliche Aussagen aufgetaucht. Einerseits ist die Vernetzung für die NGOs notwendig, andererseits müssen dafür zusätzliche Geldmittel gefunden werden, die nicht der eigentlichen Sozialarbeit dienen. Es kann davon ausgegangen werden, dass alle NGOs auf die eine oder andere Weise vernetzt sind, doch nicht alle Netzwerke sind durch eine Netzwerkbezeichnung oder eine Website im Internet repräsentiert.

Institutionalisierung durch Professionalisierung

Die weitere Institutionalisierung der NGOs und ihrer Hilfsprojekte zeichnete sich durch Professionalisierung der internen Arbeitsabläufe sowie einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Organen der Staatsmacht aus. Mit der Ausweitung der Dokumentationspflichten entfremdete sich die Leitung der NGOs gleichzeitig zunehmend von der eigentlichen Sozialarbeit, die ehemaligen »Gründerväter« werden zu Sozialmanagern. Die Einwerbung und Verwaltung von größeren Geldsummen für den Aufbau weiterer Projekte führte zu einer plötzlichen Erhöhung der Verantwortung der Projektleitung, was von den verantwortlichen Personen teilweise als belastend empfunden wurde.

Heute werden neue Projekte geplant und durchgeführt, alte und neue Projekte greifen ineinander, in ihrer Komplexität spiegelt sich die Komplexität der Problematik der Zielgruppe der verwahrlosten Kinder und Jugendlichen wider. Die tätigen NGOs werden von den ukrainischen Behörden als politische

Akteure wahrgenommen. Es gibt regelmäßige Treffen, bei denen PolitikerInnen, BeamtInnen und NGOs versuchen, gemeinsam die sozialen Probleme der Zielgruppen zu lösen, das Konkurrenzverhältnis zwischen NGO und Staatsmacht bleibt aber bestehen. Im Laufe der Zeit haben sich die Machtkonstellationen in der staatlichen Politik verändert: Machtwechsel in der Ukraine haben dazu geführt, dass andere Personen die Ämter bekleiden, mit denen die NGOs zusammenarbeiten können. So berichtet zum Beispiel der Leiter von NGO2 davon, dass viele BeamtInnen der »neuen Generation« – d. h. jene, die nach der Orangen Revolution politische Ämter besetzt haben – in zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre ersten politischen Erfahrungen gesammelt hatten und es dadurch für die NGO leichter geworden sei, mit den Behörden bestimmte Fragen zu klären. NGO2 wie NGO1 verfügen über »persönliche Kontakte« zu PolitikerInnen, doch seien diese Kontakte aufgrund häufiger Machtwechsel und des Austauschs von einzelnen PolitikerInnen keine Garantie für Stabilität.

Problematisch ist, dass trotz der Professionalisierung der NGOs und der durch ihre Projektarbeit neu geschaffenen Strukturen zur Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung die finanzielle Abhängigkeit von westlichen Geberorganisationen beinahe zur Gänze weiter besteht. Den ukrainischen NGOs gelingt es kaum, vor Ort ausreichend Sponsorengelder von SpenderInnen (Unternehmen oder Privatpersonen), ukrainischen wohltätigen Fonds oder Mittel aus dem kommunalen oder regionalen Staatshaushalt einzuwerben, um sich von den westlichen Geberorganisationen lösen zu können. Von einer Konsolidierung jener NGOs, die eine marginalisierte Gruppe wie Straßenkinder vertritt, kann nach einer zehnjährigen Tätigkeit daher noch nicht die Rede sein.

Resümee

Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass es ohne finanzielle Unterstützung aus dem westlichen Ausland und von internationalen Organisationen in der Ukraine keine NGOs gäbe, denen die Institutionalisierung eigener Einrichtungen zur Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung gelungen wäre. Die staatlichen Akteure in der Ukraine verlassen sich darauf, dass westliche Partner- und Geberorganisationen finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, und fördern selbst die Entstehung einer organisierten Zivilgesellschaft kaum. Aus der Perspektive der NGOs ist es schon ein Fortschritt, vom Staat nicht behindert zu werden. Die NGOs erleben sich selbst in der Rolle der Konkurren-

ten des Staates, nicht aber als Partner. Dass sich ihr Verhältnis zum Staat wesentlich vom Verhältnis NGOs-Staat im EU-Raum unterscheidet, ist den ukrainischen NGOs bewusst. Dennoch ist die enge Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden notwendig, da sich die NGOs ansonsten immer im rechtsfreien Raum bewegen und die Gründung und Führung neuer Strukturen nicht gelingt. Eine ukrainische NGO steht daher immer im Spannungsfeld der Abhängigkeiten von zwei politischen Akteuren aus sehr unterschiedlichen politischen Kulturen. Zum einen gilt es, die für die Ukraine typische »Verhandlungskultur« und Kontrollen zu kennen, zum anderen fordern die westeuropäischen Partnerorganisationen Transparenz, Dokumentation, Kommunikation. Für die Leitung einer NGO ist das eine besondere Herausforderung.

Die Institutionalisierung von Hilfsprojekten für Kinder und Jugendliche durch NGOs ist ein langer, mühsamer Weg. Von einer Konsolidierung der NGOs kann nicht die Rede sein. Insofern bestätigen diese Forschungsergebnisse, dass die Ukraine in ihrer politischen Kultur noch stark vom sowjetischen Vorgängerstaat geprägt ist. Die Beziehungen zwischen politischen Funktionsträgern, NGOs und Bevölkerung sind durch Misstrauen charakterisiert. Da Korruption ein prägendes Merkmal des politischen und ökonomischen Lebens in der Ukraine ist und viele nichtstaatliche Organisationen von politischen Funktionsträgern gegründet wurden und zur Geldwäsche dienen, ist das Misstrauen in NGOs von Seiten der Bevölkerung nicht unbegründet. NGOs, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, geraten leicht unter Verdacht, diese nicht wirklich zu versorgen, sondern Fördergelder oder Spenden zu veruntreuen.

Von einer eindeutigen Be- oder Verhinderung von NGOs durch den Staat kann nicht ausgegangen werden, sondern es handelt sich um mangelnde Unterstützung, die unter ungünstigen Kontextbedingungen für NGOs den Aufbau neuer Strukturen zur Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung erschweren. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass sich die Zivilgesellschaft durch die Wechselwirkungen von korrupten Praktiken, klientelistischen Netzwerken und mangelndem Vertrauen in Politik, Verwaltung und in einem Großteil der Bevölkerung nicht entwickeln kann. Umso wichtiger ist es für NGOs, mit ihren politischen Strategien Transparenz und Integrität zu signalisieren. Das staatliche Wohlfahrtssystem genügt nicht, um Kindern und Jugendlichen tatsächlich zu helfen, sondern es braucht Zusammenarbeit und ein Ineinandergreifen von Wohlfahrtssystem und Wohltätigkeit,

um dem Problem der Kinder- und Jugendverwahrlosung Herr zu werden.

Das Engagement nichtstaatlicher Organisationen, die mit verwahrlosten Kindern und Jugendlichen arbeiten, wird durch ungünstige sozioökonomische Entwicklungen und Armut unterlaufen. Es braucht Veränderungen auf der Makroebene. Genau an diesem Punkt setzen auch die NGOs und ihre westlichen Partnerorganisationen an. Sie wirken nicht nur gegenüber den Kindern und Jugendlichen, indem sie versuchen, ihnen bei der Überwindung der Verwahrlosungserfahrung zu helfen, sondern vertreten auch deren Interessen gegenüber ukrainischen Politikern auf allen Ebenen. Gleichzeitig bemühen sich die NGOs, das Verhältnis zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen nach westlichem Vorbild zu gestalten. Es kann hier also aus ukrainischer Perspektive nicht nur von einem Import von Strukturen und Know-how im nichtstaatlichen Sektor gesprochen werden, sondern auch von einem Import politischer Kultur – nicht nur im Sinne der Werte, Glaubensüberzeugungen und Einstellungen der Bürger gegenüber den politischen Institutionen und den politischen Vorgängen, sondern auch im Sinne der Veränderung der Haltung politischer Eliten gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Jene NGOs, die bereits seit einem Jahrzehnt erfolgreich arbeiten und eigene Strukturen gegründet haben, in denen die jugendlichen KlientInnen betreut werden, empfehlen NGO-NeugründerInnen, sich mit ihren Projektideen an bestehenden NGOs zu orientieren bzw. diese Projekte in Kooperation mit den bestehenden NGOs aufzubauen und die bereits bestehenden Synergieeffekte bestehender Netzwerke stärker zu nutzen. Vielfach wurde in der Vergangenheit von NeugründerInnen erfolglos versucht, völlig unabhängig und ohne Partnerschaften mit Politik, Behörden und anderen NGOs, neue Strukturen zur Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung zu schaffen. Problematisch ist oft, dass ausländische Sponsoren ihre eigenen Vorstellungen von Hilfsprojekten haben, die aber nicht den ukrainischen Vorstellungen und der ukrainischen Realität entsprechen. Hier müsste stärker mit den Einheimischen zusammengearbeitet werden. Viel Geld geht beim Aufbau der Verwaltungsstrukturen einer NGO verloren, deshalb sollte hier eingespart werden. Es wäre grundsätzlich möglich, Verwaltungsstrukturen gemeinsam mit anderen NGOs zu nutzen.

Der Wunsch von Sponsoren, schnelle Erfolge sehen zu wollen, führt bei ukrainischen NGOs oft zu Fehlkalkulationen im Hinblick auf die langfristige Finanzierung eines Hilfsprojekts und in der Folge zu einer

Verkomplizierung/Verschlechterung der Beziehungen zu den staatlichen Machtorganen oder den Organen der kommunalen Selbstverwaltung, zu denen zuerst über lange Jahre und mühsam positive Kontakte aufgebaut werden mussten. Es muss damit gerechnet werden, dass mindestens ein halbes Jahr oder länger für die Vorbereitung eines Projektes eingeplant werden muss, damit sich die NGO die Unterstützung der Behörden und Stadtpolitiker/Bezirkspolitiker bei der Realisierung des Projekts sichern kann. In der Anfangsphase, in der eine NGO noch nicht bekannt ist und erst strategische Partnerschaften im Ort schaffen muss, dauert die Vorbereitung sogar noch länger, es kann mit einer Vorbereitungsphase von zwei Jahren gerechnet werden. In der Vorbereitungsphase sollte es darum gehen, strategische Partnerschaften aufzubauen, innerhalb der Behörden und der Politik Verbündete zu suchen, die das Projekt unterstützen. Es gilt, einen halbwegs reibungslosen Ablauf von Behördenwegen zu sichern, ohne Bestechungsgelder zu bezahlen. Sich als NGO, welche die Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung zum Ziel hat, in das Netz der Korruption ziehen zu lassen, bedeutet, den Zielen der NGO zuwider zu handeln: Korruption ist ein nicht zu vernachlässigender Faktor für die Reproduktion von Armut bzw. Armut und Korruption bedingen sich gegenseitig.

Des Weiteren ist es sinnvoll, mit Teilen der Verwaltung im Sozialbereich gemeinsame Interessen zu entdecken und mit diesen Ämtern zusammenzuarbeiten. Ein Verbündeter in den Verhandlungen mit der Stadtpolitik um ein höheres Sozialbudget könnte das Jugendamt sein. Als strategische Partnerschaft ist auch die Vernetzung mit anderen ukrainischen NGOs als auch ausländischen NGOs und internationalen Organisationen zu verstehen. Diese Kontakte müssen ständig gepflegt werden. Vernetzungen und Organisationsentwicklungsprozesse werden zum Beispiel von der UNICEF gefördert. Gelder für praktische Sozialarbeit sind von der UNICEF hingegen weniger zu erwarten, hierzu muss Fundraising im In- und Ausland bei Privatpersonen, Unternehmen, Fonds und internationalen Hilfsorganisationen betrieben werden. Für NGOs, die Hilfseinrichtungen für verwahrloste Kinder und Jugendliche gründen und führen, besteht das Problem, einerseits für ihre jungen KlientInnen Verantwortung zu haben, diese ständig materiell und immateriell betreuen und dafür finanzielle Ressourcen sichern zu müssen, andererseits geht es aber auch darum, die Organisationsstrukturen der NGO aufbauen und entwickeln zu müssen. Auch hierfür sind finanzielle Ressourcen, doch auch Know-how, notwendig. Es ist deshalb sinnvoll,

als NGO auf die Angebote von Seiten anderer politischer Akteure, die Unterstützung bei der Professionalisierung der Organisation oder beim Führen von Ver-

handlungen mit politischen Akteuren oder Politikern anbieten, zurückzugreifen.

Über die Autoren:

Dr. Nadja Lobner ist Mitarbeiterin der Salzburg Ethik Initiative. Sie war von März bis August 2008 als Gastforscherin der Österreichischen Forschungsgemeinschaft (MOEL-Plus-Programm) an der Soziologischen Fakultät der Karazin-Universität, Charkiw und führte das Projekt »Politische Strategien wohltätiger Nichtregierungsorganisationen bei der Institutionalisierung neuer Strukturen zur Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung in der Ukraine« in Zusammenarbeit mit den Aspiranten Maxim Zubarev und Vyacheslav Zyryanov durch.

Maxim Zubarev ist Spezialist für Geografie und Geschichte (Lehramt), Abgeordneter zum Stadtrat Melitopol und Leiter der Abteilung für Planung, Organisation und Kontrolle der Stadtverwaltung Melitopol.

Vyacheslav Zyryanov ist diplomierter Soziologe und Aspirant an der Soziologischen Fakultät der Karazin-Universität in Charkiw. Er arbeitet derzeit als Sozialarbeiter in einem Tageszentrum für Straßenkinder.

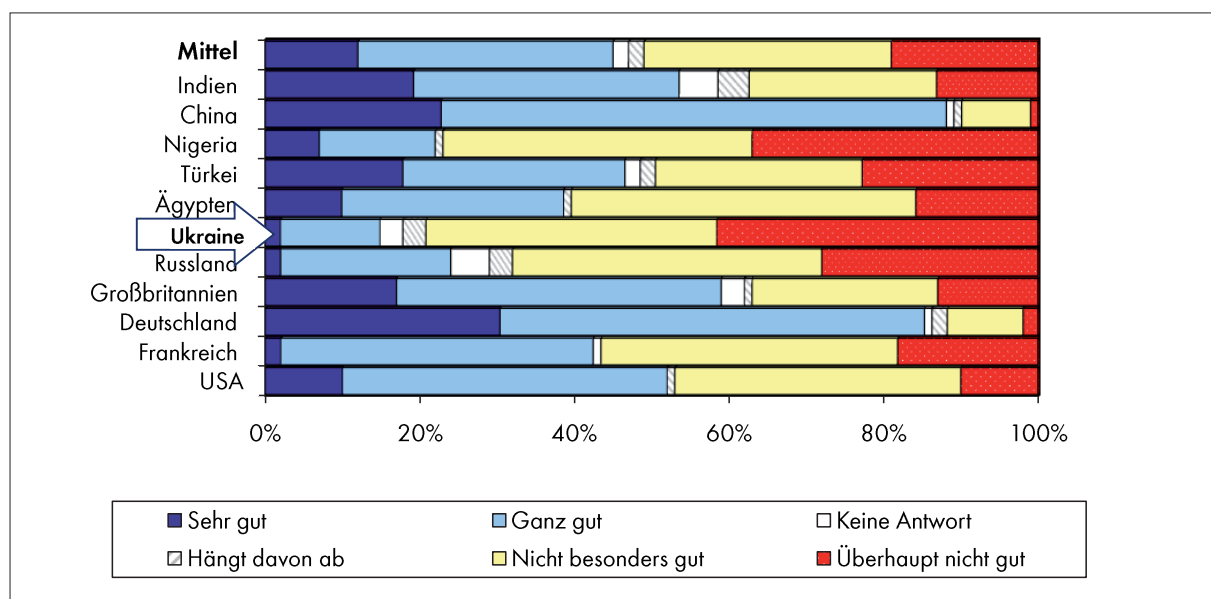
Lesetipps:

- Lobner, Nadja (2008), Wirklich arm sind die anderen. Partizipative Armutsforschung mit Jugendlichen. Eine interdisziplinäre, empirische Studie auf politikwissenschaftlicher Basis. Salzburg: Dissertation.
- Volynets, L. S./Sichkar, O. O. (Hg.) (2004), Street Children: Situation Analysis. Kiev: Sphere.

Umfrage

Die Wahrnehmung sozialer Sicherheit im internationalen Vergleich

Sorgt Ihre Regierung dafür, dass sich ihre Bürger ausreichend ernähren können?



Quelle: Umfragen von World Opinion www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov08/WPO_Socio-Econ_Global_quaire_emb.pdf; China ohne Hongkong, Taiwan und Macao.